

## Gründung der Freien Deutschen Jugend im März 1946

Die KPD-Führung unter Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht hatten bereits in Moskau vor ihrer Rückkehr nach Deutschland Beratungen durchgeführt, wie die Nachkriegsjugend in die antifaschistisch-demokratische Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) einbezogen werden kann. Auf einen kommunistischen Jugendverband hatte die KPD verzichtet. Sie wollte eine breite antifaschistische, demokratische Jugendorganisation unter dem Namen „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ). Erste Gruppen der FDJ entstanden schon vor dem 2. Weltkrieg im Exil in Paris (Juni 1936) und in Prag ( 8.Mai 1938). Ab April 1939 wurden in Großbritannien FDJ-Gruppen von meist jüdischen Jugendlichen gegründet, die mit Kindertransporten aus Deutschland ausreisen konnten. Im Sommer 1945 hat die „Sowjetische Militäradministration“ (SMAD) die Bildung von Jugendausschüssen genehmigt. Am 1. September trafen sich Vertreter der KPD und der SPD, um einen Ausschuß zur Schaffung von Jugendgruppen zu bilden. Auf der Gründungssitzung des „Zentralen Antifaschistischen Jugendausschusses“ wurde Erich Honecker mit der Leitung beauftragt. Aus der katholischen Jugend wurde ein Mitglied für den Ausschuß gewonnen.

Aus den Jugendausschüssen sollte eine friedliebende deutsche Jugend entstehen.

So wurde am 7. März 1946 die FDJ in der SBZ gegründet. Als Vorsitzender des Zentralrates der FDJ wurde Erich Honecker gewählt.

Die FDJ hatte in den ersten Jahren der antifaschistisch-demokratischen Ordnung einen schweren Weg vor sich. Die Jugend war im Hitlerstaat über 10 Jahre lang in der „Hitlerjugend“ (HJ) und im „Bund Deutscher Mädchen“ (BDM) im Geist des Faschismus, der Menschenfeindlichkeit, des Antisemitismus und für Angriffskriege erzogen worden.

Auf dem 1. Parlament (8. bis 10. Juni 1946) in Brandenburg verkündete die FDJ die 4 Grundrechte:

- das Recht auf politische Mitbestimmung
- das Recht auf Arbeit und Erholung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- das Recht auf Bildung
- das Recht auf Freude und Frohsinn

Im August 1948 wurde die FDJ in den „Weltbund der demokratischen Jugend“ aufgenommen.

Als internationale Ziele hatte sich die FDJ die Freundschaft zur Sowjetunion und die Unterstützung aller Völker im Kampf für ihre Unabhängigkeit vom imperialistischen Joch zum Ziel gesetzt. So wurden FDJ-Brigaden am Bau der „Freundschaftstrasse“ ( 1975 -1979), am Bau der Erdgasleitung von Orenburg bis zur westlichen Grenze der UdSSR (1982-1985) und am Bau der Eisenbahnstrecke Baikal-Amur-Magistrale (BAM) beteiligt.

Die FDJ leistete auch Aufbauhilfe im sandinistischen Nicaragua, in Masambic und Angola.

Weitere FDJ-Initiativen zum Aufbau der DDR:

- Dorf der Jugend in Adelsdorf bei Großenhain (1945-1950)
- Bau einer Wasserleitung für die „Maxhütte“ zur Roheisenproduktion (1948/1949)
- Talsperre Sosa (1949-1952)
- Friedländer Wiese (1958-1962)
- Kernkraftwerk Greifswald (1967-1975)
- Strecken elektrifizierung der Deutschen Reichsbahn
- Aufbau Berlin (Stadtteil Berlin, Marzahn im Rahmen des Wohnungsbauprogramms)
- Bau der Landebahn des Flughafens Berlin-Schönefeld

1985 hatte die FDJ etwa 2,3 Millionen Mitglieder. Das waren zirka 80 % der DDR-Jugend.

Höhepunkte der FDJ waren die Weltfestspiele in Berlin :

1951 ( 26.000 Teilnehmer aus 104 Ländern)

1973 (25.000 Teilnehmer aus 140 Ländern)

Die FDJ rief 1950, 1954 und 1964 zu Pfingsten in Berlin zum „Deutschlandtreffen der Jugend“ für Frieden und Völkerfreundschaft auf. 1950 nahmen 700.000 Jugendliche teil.

Auch zum Schutz der DDR hatte sich die FDJ große Verdienste erworben. Sie übernahm die Patenschaft über die Kasernierte Volkspolizei (KVP) und unterstützte auch die Nachwuchsgewinnung der Nationalen Volksarmee mit dem „FDJ-Aufgebot“.

Auch in den Westsektoren wurde die FDJ gegründet. Von den Besatzungsmächten und später unter der BRD-Regierung unter Adenauer erhielten sie keine Unterstützung. Die FDJ hatte 1950 in der BRD etwa 30.000 Mitglieder, vor allem aus der Gewerkschaftsjugend. Der Vorsitzende der FDJ in der BRD, Josef Angenfort (KPD) wurde 1953 wegen seines Kampfes gegen die Remilitarisierung der Adenauer-Regierung angeklagt und zu einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren verurteilt.

Die FDJ kämpfte gegen die Wiederbewaffnung der BRD. So verfügte die Bundesregierung am 19. September 1950 für FDJ-Mitglieder und gleichzeitig auch für Mitglieder der KPD und der VVN ein Berufsverbot im öffentlichen Dienst.

Trotz des Berufsverbots bereitete die FDJ eine Volksbefragung gegen die Wiederbewaffnung vor. Am 24. April 1951 verbot die Bundesregierung die Volksbefragung als verfassungswidrig und am 26. Juni 1951 erging das vollständige Verbot der FDJ.

Am 11. Mai 1952 wurde der FDJ-Funktionär Philipp Müller auf einer Demonstration gegen die Remilitarisierung in Essen von der Polizei erschossen.

Die verbotene FDJ rief zur Teilnahme an den Weltfestspielen 1951 auf. Bis zum 28. Juli 1951 wurden über 6000 Jugendliche von der Grenze zwangsweise zurück in ihre Heimatorte gebracht. Allein in Niedersachsen wurden 10.000 Polizisten in Alarmbereitschaft versetzt. Trotzdem nahmen 35.000 junge Menschen aus der BRD und West-Berlin an den Weltfestspielen teil.

An diesen Beispielen zeigt sich die „freiheitlich-demokratische“ Ordnung der BRD.

Demonstrationen gegen Remilitarisierung wurden mit Waffengewalt aufgelöst. Menschen, die gegen Krieg und Militarisierung öffentlich auftraten wurden eingesperrt oder mit Berufsverbot bestraft. Jugendliche, die an den Weltfestspielen für Frieden und Völkerfreundschaft teilnehmen wollten, wurden zwangsweise daran gehindert.

So ziehen heute die gleichen herrschenden Kreise wie damals über die angeblichen Berufsverbote, von „verfolgten und verurteilten SED-Regimegegner“ in der so „undemokratischen“ DDR her.

Nach der Einverleibung der DDR hat die Treuhand das Vermögen der DDR verwaltet. Es wurde auf etwa 300.000 DM geschätzt. Auf diese Summe sollte die FDJ Zinsen an die Treuhand zahlen. Das ist ein unverständlicher Akt. Die Forderung wurde zurückgezogen. Möglich hätte dies keiner juristischen Prüfung stand gehalten. Mit dieser Zahlungsaufforderung hätte die FDJ aufgelöst werden müssen..

Das war Absicht und politisches Ziel.

Jörg Sandrock